

LANDRAUB!

PROFIT.MACHT.HUNGER.

TEXTE ZUM THEMA



VERBAND
ENTWICKLUNGSPOLITIK
NIEDERSACHSEN e.V.



INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|-----------|
| 1 EINFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUM THEMA LANDRAUB | 3 |
| 1.1. Über Landraub, Investoren und die Folgen | 3 |
| 1.2. Hintergründe und Rechte | 4 |
| 1.3. Zukunftsperspektiven | 5 |
| 2 WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG | 6 |
| 2.1. Mais | 6 |
| 2.2. Fleischkonsum | 9 |
| 2.3. Agrotreibstoffe | 10 |
| 2.4. Finanzinvestitionen | 11 |
| 2.5. Länderbeispiele | 12 |
| 2.5.1. Mosambik | 12 |
| 2.5.2. Philippinen | 14 |
| 2.5.3. Madagaskar | 14 |
| 2.5.4. Mali | 15 |
| 2.5.5. Argentinien | 15 |
| 2.5.6. Papua Neuguinea | 15 |
| 3 QUELLEN | 16 |

Impressum

Diese Mappe wurde zusammengestellt von:
Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen
Alina Götz
Hausmannstraße 9-10
30159 Hannover
foej@ven-nds.de

1 EINFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUM THEMA LANDRAUB

Viele Nichtregierungsorganisationen beschäftigen sich zurzeit mit dem aktuellen und wichtigen Thema Landraub. Der VEN hat hier einen Zusammenschnitt von diversen Artikeln erstellt, die verschiedene Organisationen (Brot für die Welt, Inkota-Netzwerk e.V., Menschenrechtsorganisation FIAN) in Broschüren zum Thema herausgegeben haben.

1.1. ÜBER LANDRAUB, INVESTOREN UND DIE FOLGEN

Der Begriff Landraub

Der Begriff „Land Grabbing“ kommt aus dem Englischen und lässt sich wörtlich mit „Land Grabschen“ oder „Land Krallen“ übersetzen. Konkret geht es dabei um großflächige Landnahmen in Entwicklungsländern durch ausländische Investoren. (Quelle: „Land Grabbing“, Inkota, S.1, http://de.wikipedia.org/wiki/Land_Grabbing)

Investoren und ihr Interesse an Ackerland

Landverlust und die Konzentration von Land in den Händen weniger waren schon immer Kernprobleme der ländlichen Bevölkerung und eine zentrale Ursache von Hunger in der Welt. Nun hat der Kampf um die Ressource Land eine neue Dimension erreicht: Agrarkonzerne, Nationalstaaten und Händler von Anlagefonds suchen vermehrt nach großen Landflächen zum Anbau von Grundnahrungsmitteln, Energiepflanzen oder als Geldanlage.

Zwischen 2006 und 2009 wurden nach Schätzungen zwischen 22 und 50 Millionen Hektar Land in Afrika, Asien und Lateinamerika an ausländische Investoren veräußert. Zum Vergleich: Die Ackerfläche der gesamten Europäischen Union beträgt etwa 97 Millionen Hektar. (Quelle: Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.1)

Es lassen sich drei Gruppen von Investoren unterscheiden: Staatliche Unternehmen aus den Schwellenländern, die selbst nicht über genügend Ackerland und Wasser verfügen, kaufen oder pachten Land, um sich unabhängig von den Weltmarktpreisen zu machen. Insbesondere die Golfstaaten, Südkorea und China bauen Nahrungsmittel für die heimische Bevölkerung in Entwicklungsländern an.

Bei den Investoren aus den Industriestaaten liegt das Hauptaugenmerk auf der Produktion von Energiepflanzen. Insbesondere seit der Förderung von Agrarkraftstoffen durch Beimischungsquoten in den Ländern der EU sowie in den USA, ist ein regelrechter

Wettlauf um Ackerland entbrannt. Eine der größten europäischen Firmen, die Agrarkraftstoffe für Europa produzieren, ist das schwedische Unternehmen SEKAB.

Die geplatze Immobilienblase in den USA und der Absturz der Aktienmärkte im Kontext der globalen Finanzkrise haben Ackerland als sichere Finanzanlage in den Blick von einer dritten Investorengruppe gerückt: Banken und Investmentfonds sehen in Ackerland eine attraktive Geldanlage. (Quelle: „Land Grabbing“, Inkota, S.1)

Die Folgen

Großflächige Investitionen in Land erhöhen nicht nur die Abhängigkeit vom Weltmarkt, sie führen auch zur Verschärfung von Landkonflikten und zur Verdrängung und teilweise gewaltsamen Vertreibung von Kleinbäuer/innen, Fischern oder Nomaden. Sie verlieren den Zugang zu Land und Wasser und damit die Möglichkeit, sich zu ernähren. 3

„Wissenschaftlich“ legitimiert wird die Jagd nach Land durch Studien, die im Rahmen des Agrartreibstoffbooms gewaltige Flächen Land mit fragwürdigen Methoden als ungenutzte oder marginale Flächen identifiziert haben. Auch nationale Regierungen haben durch solche Klassifizierungen die Nachfrage aktiv angeheizt. Dies hat oft fatale Folgen. Allein in Afrika südlich der Sahara leben 60 Millionen Nomaden, deren Weideland mit zu diesen Flächen zählt. Im Fokus ist auch ‚untergenutztes‘ Land – welcher Maßstab auch immer für eine solche Bewertung angelegt sein mag. Viele dieser Flächen sind Gemeindeland und haben eine zentrale Aufgabe in lokalen Ernährungssystemen. Insbesondere Frauen benötigen diese Flächen zur Sicherung der Ernährung der Familie, etwa durch Sammeln von Wildfrüchten und für den Zugang zu Wasser und Brennholz. (Quelle: Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.2)

1.2. HINTERGRÜNDE UND RECHTE:

Warum schließen die Regierungen in den Entwicklungsländern Verträge mit ausländischen Investoren ab?

Die Investoren kommen mit großen Versprechen: Arbeitsplätze, Straßen und Häfen, neuste Technologien. Regierungen aus den Entwicklungsländern, die sich auf die „Land Deals“ einlassen, befolgen zudem die Empfehlungen von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und den Regierungen der Industriestaaten: Sie schaffen günstige Investitionsbedingungen für ausländische Agrarkonzerne, setzen auf eine Industrialisierung der Landwirtschaft in der Wachstum und Effizienz im Zentrum stehen und fördern eine exportorientierte Agrarproduktion. Auch die hohen Korruptionsraten in vielen der betroffenen Länder führen dazu, dass das Land nicht nur für einen Schnäppchenpreis an die Investoren verscherbelt wird, sondern dass die Rechte der Menschen, die auf dem Land leben, in den Verträgen keinerlei Beachtung finden. (Quelle: „Land Grabbing“, Inkota, S.1-2)

Internationales Investitionsrecht erschwert die Durchsetzung der Menschenrechte

Höchst problematisch sind die Investitionsverträge selbst. Die Vertragsdetails unterliegen fast immer der Schweigepflicht. Transparenz und Mitbestimmung der betroffenen Bevölkerung sind damit ausgeschlossen. In Kenia beispielsweise teilte der Verantwortliche für Ernährungsprogramme mit, dass der Inhalt eines Vertrags mit dem Emirat Katar über 40.000 Hektar Land nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei. Die lokale Bevölkerung wehrt sich gegen diesen Deal – bis heute ohne Erfolg.

Die Verträge binden oft einseitig die Regierungen vor Ort. Ausstiegs- oder Verlängerungsklauseln können nur von den Investoren wahrgenommen werden. Bei Vertragsverstößen drohen Regressforderungen auf der Grundlage eines harten internationalen Investitionsrechts (Recht der Förderung und des Schutzes von internationalen Investitionen). Dieses parallele Rechtssystem unterhöhlt nicht selten die nationale Verfassung und behindert die Durchsetzung international eingegangener menschenrechtlicher Verpflichtungen, wie den Zugang zu Land und Wasser von ländlichen Gruppen zu schützen und zu verbessern. (Quelle: Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.2)

Das Menschenrecht auf Nahrung als Bewertungsrahmen

160 Staaten haben den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte ratifiziert. Sie haben sich damit verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung national und durch internationale Zusammenarbeit durchzusetzen. Im Rahmen dieser menschenrechtlichen Verpflichtungen müssen sie vorhandenen Zugang von Menschen zu Land und Wasser schützen. Dies bedeutet besonders, traditionelle Landnutzungen zu respektieren und Land an Landlose zu verteilen. Die internationale Gemeinschaft muss dies im Rahmen ihrer extraterritorialen Staatenpflichten aktiv unterstützen. Die aktuellen Landdeals und die ihnen zugrunde liegende Landpolitik verschärfen hingegen die Konflikte um Land und führen zu einer weiteren Konzentration von Land in den Händen weniger.

Freiwilliger Verhaltenskodex keine Lösung

Auf Initiative Japans wollen die G8 zusammen mit der Weltbank diese Landdeals „konstruktiv begleiten“. Ein freiwilliger Verhaltenskodex (Principles for Responsible Agricultural Investment, RAI) soll zusammen mit der Agrarindustrie entwickelt werden, um die negativen Auswirkungen der Investitionen zu minimieren. Einerseits haben solche Kodizes in der Vergangenheit kaum Menschenrechtsverletzungen verhindert, zum anderen wird signalisiert, dass man diese Entwicklung grundsätzlich positiv bewertet. In diesem Sinne stockt die Weltbank die Gelder für das Agrobusiness von drei auf vier Milliarden US-Dollar auf. Dabei wurde die Förderung dieses Bereichs schon in den letzten fünf Jahren versiebenfacht. Ein grundlegendes Umsteuern bei den Förderstrategien in Richtung einer nachhaltigen nationalen Nahrungsmittelproduktion, in deren Zentrum eine kleinbäuerliche Landwirtschaft steht, scheint damit wieder in weite Ferne gerückt. (Quelle: ebenda, Fian, S.3)

1.3. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN:

Was kann die Bundesregierung gegen die großflächigen Landnahmen tun?

Im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit kann die Bundesregierung das Problem mit den Regierungen der Partnerländer thematisieren. Als wichtiges Mitglied in vielen Institutionen wie der Weltbank oder der Welternährungsorganisation kann sie ihren Einfluss geltend machen, um abgestimmte Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft gegen „Land Grabbing“ zu ergreifen. Leider reagiert die Bundesregierung bislang nur zögerlich. Eine klare Verurteilung der Landkäufe hat es bisher nicht gegeben. (Quelle: „Land Grabbing“, Inkota, S.2)

Ausblick

Hungernde schauen zu, wie eine satte Ernte an ihnen vorbei in wohlhabende Länder exportiert wird. Nur ein Bild aus der kolonialen Vergangenheit? Mike Davis hat in seiner Untersuchung zu den großen Hungerkatastrophen der spätviktorianischen Zeit aufgezeigt, welche katastrophalen Auswirkungen der Aufbau einer auf den Export von Grundnahrungsmitteln ausgerichteten Infrastruktur haben kann. Für die lokale Bevölkerung wurden damals die Folgen von Missernten und Nahrungsmittelknappheit extrem verstärkt. Allein in Indien verhungerten zwischen 1876 und 1878 weit über fünf Millionen Menschen. Heute kommt der Klimawandel verschärfend hinzu und Missernten werden zunehmen.

Seit Dezember 2009 steigen auch die Preise für Grundnahrungsmittel wieder an und der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, prognostizierte für 2010/11 eine neue Nahrungsmittelpreiskrise. Die internationale Staatengemeinschaft hat es versäumt, die Ursachen der Krise von 2008 (im Kern Agrartreibstoffförderung, Finanzspekulationen im Agrarsektor, die mangelnde staatliche Vorratshaltung an Nahrungsmitteln und fehlende Priorisierung der ländlichen Entwicklung) anzugehen. So können Investitionsdeals inklusive Exportklauseln und die Kaufkraft wohlhabender Länder darüber entscheiden, wo in Zukunft gehungert und gestorben wird.

Fazit

- Land Grabbing führt zur Verschärfung von Landkonflikten, zur Verdrängung und Vertreibung von Kleinbäuer/innen, Fischern und Nomaden.
- Die Konzentration von Land in den Händen weniger nimmt zu.
- Die strukturellen Ursachen von Hunger und Unterernährung (Landkonzentration, Abhängigkeit vom Weltmarkt, Förderung des Agrobusiness anstelle der bäuerlichen Landwirtschaft) werden verstärkt anstatt beseitigt.
- Land Grabbing bedroht die Ernährungssicherheit ganzer Staaten.

Die Menschenrechtsorganisation FIAN fordert deshalb:

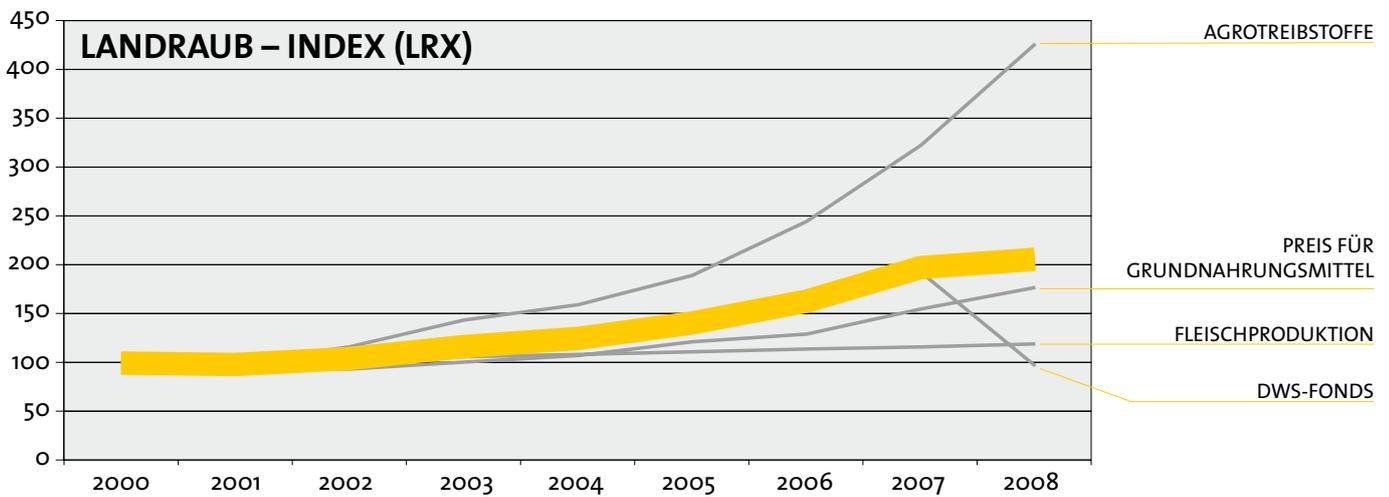
- Das Menschenrecht auf Nahrung und aktuelle Landnutzungsrechte müssen respektiert werden.
- Landpolitik muss sich primär an den Bedürfnissen der ländlichen Gruppen ausrichten: Gemeinschaftliche Landnutzungsrechte und Restriktionen bei Landtransfers müssen Kernelemente einer Landpolitik sein, die vor Landverlust schützt.
- Die Zuteilung von Land an Landlose muss Vorrang haben vor der Vergabe riesiger Landflächen an Investoren.
- Landdeals müssen transparent und für die Zivilgesellschaft zugänglich sein. Ein öffentlicher, informierter Dialog muss Entscheidungen über die Vergabe riesiger Landflächen vorausgehen.
- Großflächigen Landdeals muss eine obligatorische Menschenrechts-Prüfung vorausgehen, die von relevanten UN-Gremien zusammen mit nationalen Menschenrechtsinstitutionen durchgeführt wird. Eine freiwillige Selbstverpflichtung der Investoren durch einen Verhaltenskodex lenkt von den menschenrechtlichen Verpflichtungen der Staaten ab. (Quelle: „Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.4)

Der VEN fordert darüber hinaus:

Eine nachhaltige Landwirtschaft in Europa und die Reduzierung des externen Flächenverbrauchs für Bioenergiepflanzen und Futtermittel, die indirekte Treiber großer Landkäufe sind!

2 WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN ZUR AUSSTELLUNG

Der Landraub-Index:



Ackerboden wird knapp. Um das Problem des weltweiten Runns auf Ackerboden zu verdeutlichen, hat der VEN einen Index aus vier verschiedenen Faktoren entwickelt. Er soll zeigen, dass der Druck auf die Fläche in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Der Landraub-Index (LRX) setzt sich aus vier Faktoren zusammen, die durch ihr kontinuierliches Wachstum zunehmend mehr Fläche beanspruchen. Der Preis für Grundnahrungsmittel stieg in den letzten Jahren rasant an, die Agrotreibstoffe erfuhren einen extremen Boom, weltweit steigt die Fleischproduktion und Investmentfonds setzten verstärkt auf Finanzinvestitionen in Ackerland - hier am Beispiel des größten deutschen Agrarfonds DWS der Deutschen Bank aufgezeigt. Der zunehmende Druck auf die Fläche gefährdet Kleinbauern in Entwicklungsländern, schafft Hunger und soziale Konflikte.

2.1. MAIS

Mais – ein kulturelles Grundnahrungsmittel. Der Maispreis ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Der Preisanstieg gilt auch für andere Grundnahrungsmittel, wie Weizen oder Reis. In der Folge des Preisanstiegs investierten viele Länder, wie Saudi-Arabien, China oder Indien in den Anbau von Grundnahrungsmitteln zur Versorgung ihrer Bevölkerung oder zum Verkauf auf dem Weltmarkt. Sie kauften dafür Flächen in den sogenannten Entwicklungsländern.

Vor bereits 30 Millionen Jahren hat Mais seine typischen Eigenschaften gehabt: schnelles Wachstum, selbst bei hohen Temperaturen und relativ wenig Wasser- daher ist er so beliebt und begehrt. Im Jahr 2007 wurden weltweit ca. 770 Mio. t Mais (Körnermais) geerntet, wovon etwas mehr als 100 Mio. t international gehandelt werden. Der Anteil des südli-

chen Afrika an der Weltmaisproduktion beläuft sich 2007 lediglich auf knapp 15 Mio. t.

Dabei ist zu beachten, dass dieser Mais das Grundnahrungsmittel für viele Millionen Menschen bildet und somit jede schlechte Ernte eine akute Gefahr für die Ernährungssicherheit bedeutet. Jedoch ist Mais nicht nur in Afrika ein Grundnahrungsmittel, sondern auch in Mittel- und Lateinamerika. Beispielsweise gehören in Mexiko Tortillas – handgroße Maisfladen – zu jeder Mahlzeit. Nirgendwo auf der Welt wird so viel Mais pro Einwohner konsumiert. Besonders arme Bevölkerungsgruppen ernähren sich überwiegend mit Mais. Durchschnittlich isst dort jeder Einwohner über 112 kg Mais im Jahr; in Deutschland beträgt der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch nur 13 kg.

In Deutschland wird Mais vorwiegend als Tierfutter angebaut (Silomais), während nur 12,2 % der

Maisanbaufläche für Körnermais (mit großen Kolben) dient. Insgesamt wird Mais in Deutschland auf 1,8 Mio. ha angebaut (1960 waren es erst 56 000 ha). Die Ausdehnung der Anbauflächen ist auf die wachsende Verwendung von Silomais als Tierfutter und seit Anfang des Jahrzehnts auch in der Nutzung in Biogasanlagen zurückzuführen.

Das Beispiel Mexiko

Zu Beginn der 90er Jahre konnte Mexiko seine Bevölkerung noch weitestgehend selbst versorgen. Erst mit dem Eintritt Mexikos zur nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA) und der Öffnung der Märkte sind die Maisimporte aus den USA sprunghaft gestiegen.

Unter dem Motto „ohne Mais, kein Heimatland“ demonstrierten Ende Januar 2008 Hunderttausende

Bauern aus ganz Mexiko gegen das NAFTA-Abkommen. Zum 1.1.2008 fielen die letzten Zollbarrieren für Mais, Zucker, Bohnen und Milchpulver. Stellvertretend forderte der größte mexikanische Bauernverband CNC die Neuverhandlungen des Agrarteils des Abkommens.

Doch die Probleme der mexikanischen Maisbauern bestanden schon vorher. Denn die mexikanische Regierung zeigte sich weit liberaler, als es im NAFTA-Abkommen von 1994 festgelegt war. Statt der vereinbarten zollfreien Einfuhr aus den USA von 2,5 Millionen Tonnen verzichtete Mexiko sofort komplett auf eine Erhebung von Zöllen. Die Folge war fatal. Schlagartig stieg der US-Import auf bis zu ein Viertel des jährlichen Verbrauchs von 23 Millionen Tonnen. Heute importiert Mexiko jährlich etwa 10 Mio. Tonnen Mais aus den USA.

Die heimische Maisproduktion sank nach dem Abkommen in den folgenden Jahren zunächst nicht ab. Dies ist jedoch vor allem vor dem Hintergrund des großen Bevölkerungswachstums – 16 % zwischen 1995 und 2005 – und des entsprechend wachsenden Maisverbrauchs zu verstehen. Längerfristig haben die mexikanischen Maisbauernfamilien dennoch kaum eine Chance gegen die Konkurrenz im Norden. Denn mehr als zwei Drittel der mexikanischen Bauern und Bäuerinnen bewirtschaften weniger als fünf Hektar Land; die großen US-Farmer hingegen 1.000 Hektar und mehr. Hinzu kommen hohe Subventionszahlungen für den US-amerikanischen Maisabbau, die deren Produkte verbilligen.

Aufgrund der Konkurrenzsituation mit billigem amerikanischen Mais, purzelten in Mexiko die Maispreise um 70 % (1995-2002).

Die Tortilla-Krise

Was die Abhängigkeit vom Weltmarkt für die 20 Millionen Mexikaner/innen, die als extrem arm gelten, bedeutet, zeigt die sog. Tortilla-Krise (siehe Banner). Im Zeitraum von Oktober 2006 bis zum Januar 2007 stiegen die Maispreise um etwa 50 %. Verursacht wurde dies durch Prognosen für eine schlechte Maisernte in den USA, einer stärkeren Nachfrage nach Mais, unter anderem zur Gewinnung von Agroenergie. Die Auswirkungen insbesondere für die städtische mexikanische Bevölkerung waren gravierend. Viele von ihnen müssen von 20 Pesos am Tag leben, dies entspricht ungefähr 1,50 Euro.

Mehr als 100.000 Menschen in Mexiko-Stadt protestierten gegen diese Preissteigerungen. Erst als der mexikanische Präsident mit dem größten Tortillaproduzenten des Landes einen verminderten Tortillapreis aushandelte, beruhigte sich die Situation wieder etwas.

Ist Mexiko ein Parade-Beispiel?

Über 10 Jahre nach dem Inkrafttreten des NAFTA-Abkommens treten immer stärker seine negativen Auswirkungen hervor. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft in Mexiko weiter auseinander. Ein steigender allgemeiner Wohlstand ist nicht zu beobachten. Zwar ist der Außenhandel stark angestiegen, aber gegenwärtig noch stärker als früher auf die USA hin orientiert. Der Anteil der USA am Außenhandel Mexikos macht knapp 90% aus.

Die anderen Länder in Mittel- und Lateinamerika sowie in Afrika haben bislang keine so weit reichenden Freihandelsabkommen wie NAFTA abgeschlossen. Die Maisexporte Europas in Länder außerhalb der EU sind äußerst gering und haben keine so weit reichenden Auswirkungen wie die US-amerikanischen Exporte.

Ein gutes Geschäft – vor allem für die Saatgutlieferanten

In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Hybridmaissorten gezüchtet worden, die höhere Ernteerträge versprechen. Problematisch dabei ist die Tatsache, dass das Saatgut jedes Jahr neu gekauft werden

muss, da die Aussaat der im Vorjahr geernteten Körner nur einen äußerst geringen Ertrag erbringen würde. Aus diesem Grund sind Millionen von Maisbauernfamilien weltweit von einigen Lieferanten des patentierten Saatguts abhängig.

Biodiversität und Gentechnik

Weltweit werden immer mehr gentechnisch veränderte Maissorten angebaut. Mit diesen Sorten soll eine höhere Resistenz gegenüber Krankheiten oder Parasiten, höhere Erträge und eine schnellere Reife erreicht werden. Zum Beispiel zur Vereinfachung der Schädlingsbekämpfung und zur Unkrautbekämpfung: die Larven des Maiszünslers können zu Ertrags- einbußen von bis zu 30% führen. Die konventionelle Bekämpfung erfolgt mit einem Spritzmittel, das Kulturen des Bodenbakteriums *Bacillus thuringiensis* (Bt) enthält. Bei gentechnisch verändertem Mais produziert die Pflanze es selbst und wird damit resistent gegen diesen Schädling. Die Verbreitung dieses gentechnisch veränderten „Bt-Mais“ nimmt weltweit ständig zu. Ferner sind etwa 70% des gentechnisch veränderten Mais resistent gegen das Totalherbizid „Round up“.

Seit 1998 ist der Anbau von gentechnisch verändertem Mais in Mexiko verboten. Da aber große Mengen aus den USA als Nahrungsmittel und auch für Saatgut importiert werden, ist die Gefahr groß, dass unerkannt gentechnisch veränderter Mais angebaut wird und eine lokale Verbreitung auf nationale Sorten erfolgt. Viele fürchten, dass Genmais über Pollenflug längst verbreitet wurde – auch aufgrund unlauterer Methoden der Saatgutfirmen. Das ist auch für die übrige Welt von Bedeutung, weil sich hier in Mexiko die genetischen Grundlagen der heutigen und künftigen Züchtung befinden. Auskreuzungen in den Zentren der Artenvielfalt können ungleich größere Schäden nach sich ziehen als etwa in Europa.

In vielen Teilen der Welt wächst der Widerstand gegen Genmais. Besonders problematisch ist, dass die USA darauf beharren, Genmais als Nahrungsmittelhilfe in afrikanische Länder zu senden. Dadurch, dass die USA ihre Beiträge zum Welternährungsprogramm in Form von Getreide leisten – während die europäischen Staaten vorwiegend Finanzmittel zur Verfügung stellen – kann die US-Regierung großen

Druck ausüben, gentechnisch veränderten Mais in Hungergebiete zu liefern, der dort gegebenenfalls weiter verbreitet wird. Dies stößt in vielen afrikanischen Ländern auf Widerstand. Auch in Deutschland gibt es eine breite Bewegung gegen die Aussaat oder den Import von Genmais. Dennoch hat die EU den Import von Genmais als Tiernahrung genehmigt. Außerdem gibt es in Deutschland Versuchsfelder, auf denen trotz aller Proteste Genmais angebaut wird; 2007 betrug die Anbaufläche etwa 2.650 Hektar.

Gewinner und Verlierer

Zu den Gewinnern des globalen Maishandels gehören Spekulanten an den Börsen. Spekulationsgeschäfte haben zur Folge, dass Preisschwankungen stärker werden als dies allein durch Veränderungen des Maisangebots oder der Maisnachfrage zu erklären wäre. Die amerikanischen Maisbauern und zu einem gewissen Grad auch Großproduzenten in anderen Ländern sind Gewinner des Maisbooms, weil sie vom gestiegenen Weltmarktpreis profitieren. Vor allem für die amerikanischen Bauern bietet die Möglichkeit, Mais für die Bioethanolproduktion anzubauen, einen neuen lukrativen Absatzmarkt. Verlierer sind dabei die Verbraucher/innen in den ärmeren Ländern der Welt. Sie leiden unter dem steigenden Weltmarktpreis für Mais und müssen die höheren Lebensmittelpreise tragen. Viele Kleinbauernfamilien, die bisher Mais angebaut haben, werden unter den Bedingungen liberalisierter Märkte leicht verdrängt. Denn der Importmais, der auf großen Farmen in Ländern wie den USA produziert und zusätzlich subventioniert wird, ist erheblich günstiger.

Was getan werden muss

Beim Mais zeigt sich exemplarisch, dass durch eine Liberalisierung der Märkte die Kleinbauern und -bäuerinnen in vielen ärmeren Ländern der Konkurrenz durch subventionierte Großbetriebe in den Industriestaaten ausgesetzt werden, der sie längerfristig nicht standhalten können. Die starken Preisschwankungen zeigen, dass Ernährungssouveränität und die Erhaltung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in den einzelnen Ländern Vorrang vor einer Liberalisierungspolitik haben müssen. (Quelle: „Mais“, Brot für die Welt, S.1-4)

2.2. FLEISCHPRODUKTION- UND KONSUM

„Wenn wir den Fleischkonsum in den reichen Ländern reduzieren, ihn weltweit bis 2050 auf einem Pro-Kopf-Verbrauch auf dem Niveau von 2000 festzuschreiben – also auf jährliche 37,4 kg/Kopf – dann könnten ungefähr 400 Millionen Kilo Getreide für die menschliche Ernährung freisetzt werden. Das ist genug um 1,2 Milliarden Menschen mit ausreichend Kalorien zu versorgen“. (Olivier de Schutter, Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen zum Recht auf Nahrung, 3.12.2009)

Wachsende Nachfrage nach Fleisch

Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation (FAO) kann sich die weltweite Nachfrage nach Fleisch bis zum Jahre 2050 von 375 auf 570 Millionen Tonnen erhöhen, was eine Steigerung von 70% im Vergleich zum Jahr 2000 bedeutet. Das heißt, dass im weltweiten Durchschnitt der jährliche Fleischkonsum pro Kopf von gegenwärtig rund 37,4 kg auf voraussichtlich 52 kg in 2050 steigen wird.

In den Industrieländern geht der Konsum von Fleisch und Fleischprodukten zurück. Dies liegt vor

allem an sinkenden Bevölkerungszahlen, gesättigten Märkten und der Veränderung von Ernährungsgewohnheiten. In Deutschland ging der Pro-Kopf-Verbrauch von Fleisch und Fleischerzeugnissen von 1991 bis 2008 von 97,4 kg jährlich auf 88,5 kg zurück.

Im Vergleich dazu ist der Fleischverzehr in Entwicklungsländern noch immer gering: doch er verzeichnet ein starkes Wachstum. In den Entwicklungs- und Schwellenländern hat sich der Pro-Kopf-Fleischkonsum zwischen 1980 und 2002 von 14 kg auf 28 kg verdoppelt. Das liegt daran, dass in vielen Ländern eine kaufkräftige Ober- und Mittelschicht entstanden ist, für die wie in den Industrieländern der Fleischkonsum zum guten Leben dazugehört. Grundsätzlich lässt sich ein Zusammenhang zwischen Bruttosozialprodukt und Fleischkonsum herstellen, wobei die Streuung sehr groß ist.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern ist die Fleischproduktion besonders gestiegen. Dies gilt gerade für Länder mit starkem Wirtschaftswachstum und so stellen die drei Länder China, Brasilien und Indien im Jahr 2005 rund zwei Drittel der gesamten Fleischproduktion aller Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die weltweite Produktion an Fleisch stieg zwischen 1980 und 2004 um 22%. Die höchste Wachstumsrate verzeichnet Geflügelfleisch, was darauf zu-

rückgeführt werden kann, dass es von den meisten religiösen und kulturellen Gruppen akzeptiert wird und der Trend zu fettarmen Lebensmitteln zunimmt. Insgesamt hat Schweinefleisch einen Anteil von über 40 % des weltweiten Angebots, insbesondere wegen der hohen und schnell wachsenden Produktion in China. Hühnerfleisch macht 26% der gesamten Fleischmenge aus, während der Anteil an Fleisch von Rindern und anderer Wiederkäuern rückläufig ist (ca. 12-13%).

Fleisch und Klima: Der Beitrag der Tierhaltung zum Klimawandel

Rund ein Fünftel der gesamten Treibhausgase in Deutschland gehen auf das Konto der Ernährung, wobei derzeit eine Diskussion geführt wird, welche Faktoren berücksichtigt werden müssen. Je nach Berechnungsgrundlage ergeben sich unterschiedliche Schätzungen. Nach Aussagen des deutschen Landwirtschaftsministeriums und des Bauernverbands liegt die Belastung durch die Landwirtschaft bei lediglich 6%. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen berechnet den Anteil der Landwirtschaft an den gesamten Treibhausgas-Emissionen deutlich höher: weltweit auf 10 bis 12 %, für Deutschland auf 13 %.

Spitzenreiter ist die tierische Veredelung: Milchprodukte und Fleisch. Der größte Anteil davon (rund ein Drittel) entsteht in Form von Kohlendioxid durch die Entwaldung zur landwirtschaftlichen Nutzung für Weideland oder Ackerland. An zweiter Stelle (etwa 30,5%) stehen die Emissionen von Lachgas und Methan, die bei Anwendung, Lagerung und betrieblichem Management von organischem Dung in Form von Stallmist, Gülle und Jauche entstehen. Zusätzlich stoßen Wiederkäuer Methan bei der mikrobiellen Verdauung der Nahrung im Magen aus (25%). Außerdem entstehen bei der Herstellung von künstlichen Stickstoffdüngern, die für den Futteranbau verwendet werden Kohlendioxid-Emissionen durch die Nutzung fossiler Energieträger – bei der Anwendung von Stickstoffdüngern sind vor allem Lachgas-Emissionen bedeutsam (zusammen 3,4%).

Unsere Ernährungsweise hat also einen wesentlichen Einfluss auf das Klima. Die Treibhausgase der Ernährung mit sehr viel Fleisch liegen bei ungefähr 6.700 kg CO₂-äq (CO₂-Äquivalente oder auch Treibhauspotenzial) im Jahr, während eine vegetarische Ernährungsweise lediglich bei 1.220 kg CO₂-äq liegt.

Landnutzung für den Teller oder für den Trog?

Immer mehr Land wird für die Haltung von Tieren, für die Produktion von Fleisch, Eiern und Milch genutzt. Auf einem Drittel der weltweiten Anbaufläche werden Futtermittel angebaut. Dafür wird Grünland umgebrochen, Brachland kultiviert und Wälder gerodet. In Südamerika beispielsweise werden heutzutage rund 70% des zuvor bewaldeten Amazonaslandes als Weideland oder zum Anbau von Futterpflanzen genutzt.

Die Tierhaltung in Europa ist in hohem Maße von Importfuttermitteln abhängig. Schon heute werden gut 50% des Eiweißfutters importiert. 40% (650 Millionen Tonnen) der weltweiten Getreideproduktion wird an Tiere verfüttert. Diese Menge könnte bis zum Jahre 2050 noch auf fast das Doppelte steigen.

Die vorhandene Ackerfläche wird nicht ausreichen, um die weltweit wachsende Nachfrage nach Fleisch zu bedienen. Nach Berechnungen des Bundesforschungsinstituts für Tiergesundheit würde,

um den Bedarf an Eiweißfuttermitteln für die Tierhaltung im Jahr 2050 zu decken, die komplette Ackerfläche der Welt benötigt, auf der aber gleichzeitig auch pflanzliche Nahrungsmittel und Pflanzen zur Energiegewinnung angebaut werden müssten und die für Naturschutz und Siedlungen benötigt werden. Schon heute existiert eine Konkurrenzsituation: Sollen die Flächen für Futtermittel, für den Anbau von Nahrungsmitteln oder für die Energiegewinnung verwendet werden?

Was getan werden muss

Wasser, Land und Energie sind wertvolle, endliche Ressourcen, die von der intensiven Viehhaltung im Übermaß beansprucht werden, und auf die alle

Menschen ein Anrecht haben. Angesichts einer hohen Nachfrage nach Getreide und Ölsaaten für Tierfutter und zur Umwandlung als Agrotreibstoffe werden die Weltmarktpreise auch in Zukunft stark ansteigen. Für die nationale Politik in Entwicklungsländern muss gelten, dass die Versorgung der Bevölkerung Vorrang vor dem Export haben muss. Einer zunehmenden Flächenkonkurrenz muss auf internationaler Ebene entgegengewirkt werden. Die Politik ist gefordert, starke Leitplanken zu setzen, die dafür sorgen, dass das Recht auf Nahrung und andere internationale Abkommen zur Artenvielfalt und zum Klimaschutz umgesetzt werden. Hierfür müssen Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsleitlinien entwickelt werden, die in Flächennutzungsplänen und Instrumenten des Ressourcenmanagement angewandt werden können.

Die Tierhaltung muss wieder an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden. Dies kann durch die Agrar- und Handelspolitik (in der Europäischen Union, Industrieländern und Entwicklungsländern) gefördert werden. Rahmenbedingungen und die Förderung des Sektors müssen soziale und ökologische Leistungen fördern und nicht eine weitere Intensivierung antreiben.

Weniger ist mehr: Eine klimafreundliche Ernährung besteht bevorzugt aus pflanzlichen Produkten und mäßigem Fleischkonsum. Ernährungsexperten bestätigen darüber hinaus, dass die Reduzierung des Fleischkonsums auf höchstens zwei- bis dreimal pro Woche auch besser für die Gesundheit sei. Außerdem sollte man Fleisch von Tieren essen, die mit lokal angebauten Futtermitteln und in artgerechter Haltung gemästet werden. (Quelle: „Fleischkonsum“, Brot für die Welt, S.1-4)

2.3. AGROTREIBSTOFF

Der Begriff Agrotreibstoff

Agrarkraftstoffe werden nicht aus Erdöl, sondern aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnen. Man unterscheidet Bioethanol und Biodiesel. Ethanol ist ein Benzinersatz, der aus stärke- oder zuckerhaltigen Pflanzen wie Mais, Weizen oder Zuckerrohr gewonnen wird. Biodiesel wird aus ölhaltigen Pflanzen wie Ölpalmen, Raps, Soja oder Jatropha hergestellt.

Die Bezeichnung Biokraftstoffe ist irreführend, denn die meisten Menschen verbinden mit dem Be-

griff „Bio“ etwas Positives, Gesundes und Umweltfreundliches. Doch beim Anbau der Energiepflanzen handelt es sich keinesfalls nur um eine nachhaltige und ökologische Produktion. Biokraftstoffe gehen zu Lasten von vielen Menschen im Süden und der Umwelt. Deshalb sprechen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen von Agrarkraftstoffen.

Agrarkraftstoffe gegen den Klimawandel?

Oft werden uns Agrarkraftstoffe als das Wundermittel gegen den Klimawandel präsentiert. Allerdings ist die Klimabilanz der Agrarkraftstoffe lange nicht so positiv, wie es uns die Befürworter glauben machen wollen. Das Londoner Institute for European Environmental Policy (IEEP) untersuchte Auswirkungen der Agrarkraftstoffpläne der EU-Mitgliedsstaaten. Das Institut kommt zu dem Schluss, dass die CO₂-Bilanz der Agrarkraftstoffe negativ wird, wenn der gesamte Herstellungsprozess der Kraftstoffe berücksichtigt wird – also auch der Einsatz von Maschinen und die Nutzung von Kunstdünger und Pestiziden beim Anbau der Energiepflanzen sowie deren Transport. So entsteht beispielsweise beim Düngen das klimaschädigende Lachgas, das 300 Mal gefährlicher ist als das Treibhausgas CO₂. Wird schließlich – wie für Palmölplantagen in Indonesien – ein Teil der Anbaufläche durch Abholzung oder Brandrodung von Regenwald und die Trockenlegung von Torfmooren gewonnen, wird die Klimabilanz über Jahre oder Jahrzehnte negativ. Denn es werden nicht nur einzigartige Ökosysteme, sondern auch wichtige CO₂-Senken zerstört. Der wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen hat bereits 2008 in seinem Gutachten „Zukunftsfähige Bioenergie“ von der Nutzung der Energiepflanzen für Agrotreibstoffe abgeraten. (Quelle: „Zukunftsfähige Bioenergie“, WBGU, Zusammenfassung, S. 14)

Warum dann das große Interesse?

Mit dem Boom der Agrarkraftstoffe sind die großen Mineralöl-, Automobil- und Saatgutkonzerne mit ins Geschäft eingestiegen. Die Mineralölindustrie sieht in den Agrarkraftstoffen ein zweites Standbein neben den fossilen Kraftstoffen und Saatgutkonzerne wittern den großen Durchbruch der Grünen Gen-

technik mit Hilfe der nachwachsenden Rohstoffe. Die Automobilhersteller freuen sich, dass sie weiterhin große und schnelle Autos mit einem hohen Spritverbrauch verkaufen können. (Quelle: „Agrarkraftstoffe“, Inkota, S.1)

Grünes Gold für Banken und Investmentfonds

Verschärft wurde der Wettlauf um Land auch durch die massive Förderung von Agrarkraftstoffen in Europa und den USA. Allein im Jahr 2007 haben sich in Mosambik Energiekonzerne für fünf Millionen Hektar Land beworben – ein Siebtel der fruchtbaren Fläche. Die geplatzte Immobilienblase in den USA und der Absturz der Aktienmärkte im Kontext der globalen Finanzkrise haben Ackerland als sichere Finanzanlage in den Blick von Banken, Investmentunternehmen und Finanzinstituten gerückt. Mit der prognostizierten steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Energiepflanzen sowie den Szenarien zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Landwirtschaft bietet Ackerland eine attraktive Geldanlage. Banken und Investmentfonds versprechen attraktive Renditechancen und Gewinnaussichten. (Quelle: „Nein zum Ausverkauf von Afrika“, Inkota, S.1)

Der Agrotreibstoffboom führt zu Land Grabbing

Viele Länder sehen die verstärkte Nutzung von Agrotreibstoffen als eine Antwort auf den Klimawandel und die schwankenden Energiepreise. Durch Beimischungsquoten und Anreize für Agrosprit schaffen sie eine politisch motivierte Nachfrage, die über die Produktion auf eigener landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht gedeckt werden kann. Ein Drittel aller weltweit getätigten großflächigen Pachtverträge soll auf Agrotreibstoffe zurückzuführen sein. (Quelle: „Land Grabbing“, Brot für die Welt, S.1)

2.4. FINANZINVESTITIONEN:

Landgier- Gewinne auf Kosten der Hungernden

Susan Payne sagt, was Sache ist. Mit entschlossener Stimme und selbstbewusster Körpersprache erklärt die Business-Frau einem Dutzend Großinvestoren in London, warum ihr African Agricultural Land Fund in Ackerland investiert. Und zwar in 15 Ländern Subsahara-Afrikas. „Wie werden wir Geld verdienen?“ Payne entnimmt ihren Modellrechnungen, dass die

Preise für Nahrungsmittel in den nächsten Jahren steigen werden. Eine proteinreichere Ernährung in China steigert die Nachfrage, der Klimawandel könnte zu mehr Ernteaussfällen führen und das Angebot verknappen. Weltweit sind Agrarkraftstoffe in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln getreten und verschärfen diese Lage. Es gibt in Afrika unvorstellbar viel un-

genutztes Land, so Payne. 150.000 ha Land hat der Fonds bereits unter seine Kontrolle gebracht und dafür zwei Milliarden Euro ausgegeben. Die Landpreise Subsahara Afrikas seien im internationalen Vergleich dazu noch stark unterbewertet. „Wir müssten nicht einmal etwas auf dem Land anbauen und würden Geld verdienen.“ Über das ernsthafte Hungerproblem, das dort herrscht, wo Susan Payne Geschäfte machen will, sagt sie nichts, obwohl soziale Verantwortung eines Ihrer Hauptmotive sei. Auch nicht darüber, dass die Menschen zum Beispiel in Mosambik und Sambia auf den Zugang zu Land und Wasser angewiesen sind, um überleben zu können. (Quelle: „Nein zum Ausverkauf von Afrika“, Inkota, S.3)

2.5. LÄNDERBEISPIELE

2.5.1. Brot für die Welt berichtet über das Land Mosambik

Millionen Hektar Ackerland im Visier von Investoren aus aller Welt

Es gibt ein Landgesetz in Mosambik und trotzdem konnte es nicht verhindert werden: Die Menschen sind Opfer von „Land-Grabbern“ geworden. Mit seiner vorteilhaften Küstenlage sieht sich Mosambik im Visier von Konzernen und anderen Staaten, die nur zu gern Anteile am mosambikanischen Boden erwerben möchten. Neuesten Studien zufolge wurden bereits 15 Millionen Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr, Jathropha und Ölpflanzen zur Herstellung von Ethanol und Biodiesel an ausländische Investoren vergeben. Es sind entweder die in Aussicht stehenden Gewinne in der Agrarkraftstoffbranche, die Land zu einer lukrativen Spekulationsmasse haben werden lassen, oder die Sorge um zukünftige Nahrungsmittelengpässe. Der Aspekt „Entwicklung“ spielt im Falle von „Land-Grabbing“ jedenfalls keine Rolle. Es geht ausschließlich um den Profit der Investoren.

Keine guten Aussichten für die Menschen

Das sind keine guten Aussichten für das Schicksal der betroffenen Bevölkerung. Erschwerend kommt hinzu, dass ein Großteil der Verträge, die die neuen Eigentumsverhältnisse zementieren, von besonders langer Dauer ist. Damit etablieren sich langfristige Abhängigkeitsstrukturen, die die Möglichkeit zur

Anlagefonds sehen Land als sichere Anlage

Vor allem seit der Finanzkrise 2008 ist Land als sichere Anlagemöglichkeit mit guten Renditen in den Blick der internationalen Fonds und Anleger gerückt. Immer mehr Investmentfonds erwerben in großem Stile Land. Neben dem eigenen Wert des Lands soll auch Landwirtschaft betrieben werden, um damit die Gewinnmargen zu erhöhen. Zusammen mit den Agrarkonzernen bilden Investmentfonds eine starke Interessensgemeinschaft, die sich für günstige politische Rahmenbedingungen, für großflächige Landnahmen einsetzen. (Quelle: „Land Grabbing“, Brot für die Welt, S.2)

Selbstversorgung der Menschen vor Ort weiter einschränken und das Überleben vieler marginalisierter Gruppen in Frage stellen.

Von den rund 21 Millionen Einwohnern Mosambiks leben Dreiviertel auf dem Land und von der Subsistenzwirtschaft (Selbstversorgung). Je mehr Land an Konzerne und ausländische Staaten vergeben wird, desto mehr schränken sich ihre Möglichkeiten ein, eigenverantwortlich ihrem Recht auf Nahrung und einem würdigen Dasein Geltung zu verschaffen.

Auch in Mosambik geht es um die besten Stücke Land. Angaben über „verfügbares Land“ oder Besiedlungsdichte sind daher oft trügerisch. Mit seinem Landgesetz von 1997 erkennt Mosambik zumindest auf dem Papier die traditionellen Rechte von Dorfgemeinschaften, Bauernvereinigungen und Familien an. Jeder kann vom Staat Landtitel erwerben, auch wenn das Land grundsätzlich in Staatsbesitz bleibt. Die maximale Pachtdauer beträgt 50 Jahre. Nach demselben Gesetz muss vor der Vergabe von Land an einen Investor die lokale Bevölkerung mit einbezogen werden, entweder durch eine Anhörung oder durch Konsultation auf Gemeindeebene. Als Procana, ein Unternehmen des britischen Konzerns CAMEC, 30.000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr für die Agrarkraftstoffproduktion erwarb, ging es um fruchtbares Land am Limpopofluss. Formal wurde das Gesetz eingehalten. Allerdings berichten Organisationen vor Ort, dass nur einmal kurz ein Regierungsvertreter vorbeikam und über die anstehende Investition unterrichtete. Dabei ließ er offen, um

wie viel Hektar Land es sich handelte und wo genau sie liegen würden. Auch war übersehen worden, dass das Land bereits als Ausweichfläche für Familien gedacht war, die im Zuge der Ausweitung des Krüger-Nationalparks umgesiedelt werden sollen. Das Land wurde also gleich mehrfach versprochen, mit der Folge, dass nun ein Landkonflikt schwelt, weil Fragen der Entschädigung bislang ungelöst blieben.

Tausende Familien wurden vertrieben

Auch andere attraktive Landstriche sind betroffen. In der Provinz Maputo, in den Distrikten Moamba und Magude hat ein südafrikanisch-mosambikanisches Konsortium 29.000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr erworben und tausende Familien vertrieben. Sie wurden vor die Wahl gestellt, entweder als Feldarbeiter zu arbeiten oder auf Almosen zu hoffen.

In Nord- und Zentralmosambik stehen ähnliche Großprojekte an. Im Distrikt Nacala spekuliert ein chinesischer Investor darauf, 150.000 Hektar von der mosambikanischen Regierung zu erhalten. Bisher sind erst kleine Schritte hin zu einem organisierten Widerstand im Land gegangen worden. Nichtregierungsorganisationen in Deutschland können lokalen Organisationen Unterstützung bei der Forderung nach mehr Transparenz bei der Landvergabe und Hilfe bei der Dokumentation von Verletzungen anbieten. Zwar ist der erste Adressat für derartige Forderungen die Regierung im jeweiligen Land, gleichzeitig muss aber auch in Deutschland eine Debatte darüber geführt werden, wo die Mitverantwortung für eine derartige Entwicklung liegt.

Der Bericht ist von Birte Gäth und Inge Hoffmann-Vaz (Brot für die Welt, Quelle: „Nein zum Ausverkauf von Afrika“, Inkota, S.2)9

Ein Interview über Landgrabbing in Mosambik führte das Inkota-Netzwerk mit Diamantino Nhampossa:

Diamantino Nhampossa stammt aus einer Familie von Kleinbauern in Mosambik. Er ist Geschäftsführer von UNAC, einem nationalen Verband mosambikanischer Kleinbauern, der sich für deren Rechte einsetzt und sie durch verschiedene Fortbildungsmaßnahmen unterstützt. Seit 1999 gehört der Verband der internationalen Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung La Via Campesina an.

INKOTA: Was wissen Sie über ausländische Firmen, die Land in Mosambik pachten?

D. Nhampossa: Es kommen etliche ausländische Investoren nach Mosambik. Viele von ihnen sind auf

der Suche nach Land für den Anbau von Agrarkraftstoffen oder andere Arten von landwirtschaftlichen Aktivitäten. Das Problem dabei ist, dass sich viele Investoren oft nicht an die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren zur Landnutzung halten. Unser Landgesetz ist gut, aber es bringt nichts, wenn es von den Investoren ignoriert wird. Es ist schwer, an offizielle Informationen zu den „Land Deals“ zu gelangen, aber wir können das Interesse der Investoren selbst beobachten.

Kennen Sie konkrete Fälle von Land Grabbing?

Land Grabbing ist ein neues Phänomen, und diese Entwicklung macht uns Angst. Es geht um wirklich große Gebiete, und es sieht nicht so aus, als würde die Regierung die Interessen der Kleinbauern schützen. In Nordmosambik beispielsweise gibt es einen Landkonflikt zwischen der lokalen Bevölkerung und einer schwedischen Firma, die dort Eukalyptus anbaut, und zwar auf dem Land der Kleinbauern. Im Süden Mosambiks wollte die britische Firma Procana Zuckerrohr anbauen. Dort leben aber bereits zahlreiche Familien, die durch Procana ihren Grund und Boden verloren hätten. Ende letzten Jahres hat die Regierung den Vertrag mit Procana wieder aufgelöst, angeblich, weil sie sich nicht an die vereinbarten Fristen und Auflagen gehalten haben. Die Regierung sucht nun nach einem neuen Großinvestor. Wie es jetzt in der Region für die betroffenen Familien weitergeht, ist noch unklar – niemand bekommt diese Informationen.

Sie sagen, dass es schwer ist, an Informationen über Landvergabe zu gelangen. Welche Rolle spielen die Medien, um mehr Transparenz zu schaffen?

Offizielle Daten über Landvergabe sind rar. Auch die nationale Presse bringt nicht genügend Informationen, denn ein Großteil der Presse wird von der Regierung kontrolliert. Wir finden mehr Informationen über Landvergabe und geplante Großprojekte in der internationalen Presse oder im Internet.

Transparenz alleine reicht aber nicht. Wir sind gegen Landvergabe, die den Kleinbauern schaden.

Können Sie sich eine Situation vorstellen, in der sowohl die ausländischen Investoren als auch die lokale Bevölkerung von den landwirtschaftlichen Großprojekten profitieren?

Eine win-win-Situation kann ich mir momentan für Mosambik nicht vorstellen. Großflächige Landvergabe betrifft hauptsächlich den Anbau von Agrarkraftstoffen für den Export und zum Nutzen der jeweiligen Firma. Damit lösen wir aber nicht die

Probleme der Kleinbauern in Mosambik. Ich denke, zunächst einmal sollten wir uns darauf konzentrieren, die Kleinbauern so zu stärken, dass sie genug für den lokalen Bedarf produzieren können. Wirklich ungenutzte Flächen können dann an Investoren verpachtet werden, die dort Kulturpflanzen produzieren können. Diese können dann neben dem Export auch einen Beitrag zur Ernährungssicherung in Mosambik leisten. Ausländische Investoren sollten uns dabei unterstützen, unsere Probleme zu lösen, anstatt nur an ihre eigenen Interessen zu denken.

Was kann die Gesellschaft in Deutschland Ihrer Meinung nach tun, um Land Grabbing in Zukunft zu verhindern?

Deutschland kann eine wichtige Rolle spielen: Mehr als 50 Prozent des mosambikanischen Staatshaushalts werden von ausländischen Gebern finanziert, darunter auch Deutschland. Die Zivilgesellschaft in Deutschland sollte Druck auf ihre Regierung ausüben, damit dieses Geld zur Unterstützung der bäuerlichen Landwirtschaft und zur Umsetzung des Landesgesetzes verwendet wird. Das würde die Armut auf dem Land nachhaltig reduzieren.

Das Interview führten Christine Wiid und Hakon Albers (INKOTA-Netzwerk, Quelle: „Nein zum Ausverkauf von Afrika“, Inkota, S.2)

2.5.2. Die Menschenrechtsorganisation FIAN berichtet über die Philippinen

Auf den Philippinen kontrollieren wenige Familienklans große Teile des Landes. Seit 22 Jahren kämpfen Kleinbauern und Landlose im Rahmen der nationalen Agrarreform für ein eigenes Stück Land. Kleine Erfolge wurden schmerzvoll erkämpft. Über 1,1 Millionen Hektar sind bis heute nicht verteilt. 700.000 Kleinbauern warten immer noch auf die Zuteilung von Land. Nun macht die Regierung Arroyo, was bis dato nicht möglich schien: Sie verteilt Land in großem Stil. Nur nicht an jene, denen es laut Agrarreformgesetzgebung zusteht. Die Regierung ist schnell bei der Zu-

teilung von 600.000 Hektar Land an Ausländer, während die philippinischen Bauern und Bäuerinnen seit Jahrzehnten dafür kämpfen, dass sie Land zugeteilt bekommen.

Tatsächlich sind die Philippinen ein wichtiges Ziel-land der Investoren. 2007 wollte sich China 1,24 Millionen Hektar Land sichern. Wegen massiver Proteste wurden die Verhandlungen auf Eis gelegt. Südkorea hat sich knapp 100.000 Hektar Land zum Reisanbau für die eigene Bevölkerung gesichert. Die japanische Pacific Bio-Fields hat jüngst 400.000 Hektar Land für Kokosnuss-Plantagen für 50 Jahre bekommen. Auf diesem Land leben Bauern. (Quelle: Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.2)

2.5.3. Madagaskar - FIAN berichtet über Intransparenz und vage Versprechen

Der indische Konzern Varun Agriculture Sarl hat in Madagaskar im Frühjahr 2009 231.000 Hektar Land gepachtet. Der zugrunde liegende Vertrag ist einer der wenigen, die überhaupt an die Öffentlichkeit gelangten und enthält eine Reihe von höchst problematischen Regelungen:

- Extrem lange Laufzeit: Der Vertrag läuft über 50 Jahre und kann auf 99 Jahre verlängert werden.
- Der Export wird vertraglich abgesichert. Zwar ist im Vertrag je nach Anbauprodukt die Rede von 20 bis 100 Prozent Export. Bei ‚besseren Verkaufsoptionen‘ darf aber auch die gesamte Ernte exportieren.
- Der Vertrag enthält eine Schweigepflicht für die Beteiligten.
- Eine Ausstiegsklausel ist einseitig für Varun festgehalten.
- Varun bezahlt keine Pacht, verspricht die Schaffung von Infrastruktur, ohne dies zu konkretisieren (Quelle: Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian, S.3)

2.5.4. Mali

In Mali hat Libyen für 50 Jahre rund 247.000 Hektar Land für den Anbau von Reis gepachtet. Dieses Land befindet sich im Nigerdelta, eines der wichtigsten Reisanbaugebiete des Landes. Der Deal wurde hinter verschlossenen Türen ausgehandelt, ohne dass die betroffenen Bauern Mitspracherecht hatten. Die Bauern wurden in Gegenden umgesiedelt, wo es keine gesicherte Wasserversorgung gibt. Das beste Land wird für den Export genutzt. (www.farmlandgrab.org vom 24.10.2010)

2.5.5. Argentinien

In Argentinien hat China Ende 2010 mit einem seiner staatlichen Konzerne 247.000 Hektar Land für den Anbau und Export von u.a. Soja und Weizen für 20 Jahre gepachtet. (www.farmlandgrab.org vom 10.2.2011)

2.5.6. Papua Neuguinea

Im Jahr 2010 waren in Papua Neuguinea bereits 2,4 Millionen Hektar Land verpachtet, vor allem für Palmölplantagen. Die Regierung hat sogar das Gesetz zur Landvergabe verändert, um die Bedingungen für ausländische Investoren zu verbessern. Die lokale Bevölkerung wird von ihrem Land vertrieben und sieht die Entwicklung als Angriff auf ihre Lebensgrundlagen und Kultur, da bisher gemeinschaftlich genutztes Land verpachtet wird. (GRAIN, 13.5.2010) (Quelle: „Land Grabbing“, Brot für die Welt, S.2)

Desweiteren hat das Inkota-Netzwerk eine interaktive Weltkarte mit Daten zu Landkäufen erstellt. Auch die internationale NGO GRAIN hat auf ihrer Internetseite farmlandgrab.org Berichte von Landgrabbing – Prozessen verschiedener Länder dokumentiert.

3 QUELLEN

Diese Mappe ist ein Zusammenschritt verschiedener Artikel aus folgenden Publikationen:

1. „Nein zum Ausverkauf von Afrika“, Inkota-Aktionszeitung, April 2010, INKOTA-Netzwerk e.V.
2. „Land Grabbing- moderne Landnahme und das Recht auf Nahrung“, Fian Fact Sheet 2010/01, Mai 2010, Fian Deutschland e.V.
3. „Land Grabbing“, Inkota Infoblatt Welternährung, März 2012, INKOTA-Netzwerk e.V.
4. „Menschenrecht auf Nahrung“, Inkota Infoblatt Welternährung, März 2011,
5. „Ernährungssouveränität“, Inkota Infoblatt Welternährung, März 2011
6. „Agrarkraftstoffe“, Inkota Infoblatt Welternährung, März 2011
7. „Land Grabbing“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, April 2011, Brot für die Welt
8. „Agrotreibstoffe“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, April 2011, Brot für die Welt
9. „Ernährungskrise“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, März 2010, Brot für die Welt
10. „Fleischkonsum“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, März 2010, Brot für die Welt
11. „Mais“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, Mai 2008, Brot für die Welt
12. „Recht auf Nahrung“, Informationen zur „Brot für die Welt“ – Kampagne „Niemand isst für sich allein“, März 2010, Brot für die Welt